

E n t s c h l i e ß u n g

des Nationalrates vom 27. April 1995

betreffend Koordination von Investitionsförderungen

Die Bundesregierung wird ersucht:

- 1) In Abstimmung mit den österreichischen Bundesländern Richtlinien zur Regelung der direkten Investitionsförderung zu erlassen, um einen ineffizienten Förderungswettlauf zwischen den Bundesländern zu vermeiden.
- 2) In Abstimmung mit den zuständigen Stellen der EU im Sinne der zu erarbeitenden Richtlinien die rechtlichen Grundlagen einer EU-konformen Förderung in Bezug auf das Lyocell-Projekt rasch und vor der endgültigen Entscheidung zu prüfen.
- 3) Diese Richtlinien sollen sicherstellen, daß die Chancen wirtschaftsschwacher Regionen im Rahmen der EU voll genutzt werden können, gleichzeitig sollen aber durch überschaubare, geordnete Investitionsförderungen der Bundesländer nationale Lizitationswettbewerbe zu Lasten der Steuerzahler ausgeschlossen werden.
- 4) Die Maßnahmen bzw. Richtlinien sollen auf die gesamte regionale wirtschaftliche Bedeutung eines Betriebes sowie auf die Sicherung sozialer, einkommensmäßiger und beschäftigungspolitischer Standards Rücksicht nehmen.